

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

## Grzesinski Nachfolger Severings.

### Der neue preussische Minister des Innern.

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun ernannte heute vormittag entsprechend dem Vorschlag des sozialdemokratischen Fraktionsvorstands, dem sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion angeschlossen, den bisherigen Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski zum preussischen Minister des Innern.

Der amtliche Preussische Pressedienst meldet: Der Minister des Innern Severing hat den Preussischen Ministerpräsidenten gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine erschütterte Gesundheit von seinem Amte zu entbinden. Ministerpräsident Braun hat sich den vom Minister des Innern vorgebrachten Gründen nicht verschließen können und hat an seiner Stelle den Polizeipräsidenten von Berlin Grzesinski, Mitglied des Landtags, zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt.

### Dankschreiben des Ministerpräsidenten.

Auf das Rücktrittsgesuch, in dem Minister Severing die Gründe darlegte, aus denen heraus er um Enthebung aus seinem Amte bat, hat Ministerpräsident Braun namens des Staatsministeriums mit folgendem Schreiben geantwortet:

Mein sehr verehrter Herr Minister! Mit tiefem Bedauern habe ich von Ihrer Mitteilung Kenntnis genommen, daß Ihre schwer erschütterte Gesundheit Sie zwingt, Ihr Amt niederzulegen, das Sie 6 Jahre hindurch mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit unter Einziehung Ihres ganzen reichen Wissens und Könnens erfolgreich geführt haben. Was Sie in dieser bewegten Zeit für die innere Befriedigung Preußens und damit auch des Reiches, für den Auf- und Ausbau der neuzeitlichen Ver-

waltung und für die Festigung der Staatsautorität mit unbeirrbarer Zielklarheit in jähem, ausdauerndem Ringen unter Einziehung Ihrer ganzen Person geleistet haben, gehört der Geschichte an. Namens der Staatsregierung spreche ich Ihnen für diese dem Vaterlande in schwerster Zeit geleisteten unschätzbaren Dienste herzlichsten Dank aus. Ich wünsche und hoffe, daß einige Zeit der wohlverdienten Ruhe Ihnen Ihre Gesundheit wiedergeben wird, und daß Sie dann sich wieder in alter physischer und geistiger Frische dem Dienste am Volke widmen können.

In aller Hochachtung

Ihr gez. Braun.

### Der Lebenslauf des neuen Innenministers.

Genosse Albert Grzesinski stammt aus Pommern. In Treptow a. d. Tollense ist er am 28. Juli 1879 geboren, wurde bald Berliner, besuchte in Spandau die Schule, lernte in Berlin 1893 bis 1897 Metalldrucker, ging auf die Wanderschaft, arbeitete bis 1906 in Leipzig, Frankfurt a. M. und Offenbach. Dort wurde er lehrhaft, wurde 1906 Geschäftsführer im Deutschen Metallarbeiterverband zu Offenbach, bald danach, November 1907, zu Kassel. Dort nahm er am kommunalen Leben tätige teil und wurde schließlich Stadtverordnetenvorsteher. Außerdem Vorsitzender des Gewerkschaftsartikels Kassel, seit 1913, wurde er nach dem Zusammenbruch Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats für den Regierungsbezirk Kassel und nahm an den beiden Zentralräten der deutschen Republik teil. Seit Juni 1919 war er Unterstaatssekretär im preussischen Kriegsministerium. Roste machte ihn bald darauf zum Reichskommissar und Leiter des Abwicklungsamts. 1921 kam er in den Landtag. November 1922 wurde er Oberregierungsrat im preussischen Innenministerium. Von dort entsandte ihn im Mai 1925 Severing an die Spitze der Berliner Polizei.

## Sozialistische Kulturaufgabe.

### Nachwort zur sozialistischen Kulturtagung.

Es liegt im Zuge dieser Zeit, die alle Dinge und Erkenntnisse zerlegt und auflöst, daß auch die sozialistische Bewegung spezialisiert, zergliedert und in eine Reihe von besonderen Interessengebieten aufgeteilt wird. Mit der wachsenden Zahl der Mitglieder in den Organisationen wächst auch die Vielgestaltigkeit der Interessengebiete, die sie umschließt, wächst auch der Aufgabenkreis, den die Organisation zu erfüllen hat.

Die sozialistische Arbeiterbewegung ist seit ihrem Bestande etwas wesentlich anderes, als nur eine Lohnbewegung, wie die Gegner sie vielfach aufzufassen suchten. Sie umfaßt alle Interessentkreise der Arbeiterschaft. Sie war eine im tiefsten Kern religiöse Bewegung, der die materialistische Geschichtsauffassung zwar größere Klarheit und tieferes Verständnis für die geschichtlichen und sozialen Zusammenhänge vermittelte, die aber ohne die begeisterte und innerliche Hingabe ihrer Anhänger kaum eine so weltumspannende Bedeutung hätte gewinnen können, wie sie tatsächlich erlangt hat.

Aber in ihren Anfängen und den ersten Jahrzehnten ihres Wirkens knüpfte diese Bewegung an verhältnismäßig einfache Verhältnisse an. Es galt zunächst die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Klassenlage zu bringen und ihren Willen zum Kampf für eine Aenderung dieser Lage zu wecken. Da gab es politisch-agitatorische und wirtschaftliche Aufgaben in Hülle und Fülle. Die Agitation für das gleiche Wahrecht ist eine der ersten Taten der jungen Bewegung, die Vassalle ins Leben rief, der Kampf gegen reaktionäre Kleinrenterei, für ein innerlich freies Großdeutschland mit internationalen Beziehungen eine nicht minder wichtige der Eisenacher Richtung. Und wenn beide Arme des sozialistischen Stromes gleichzeitig wirtschaftliche Organisationen (Gewerkschaften) erzeugten, so war das kein Zufall, es entsprang vielmehr der inneren Notwendigkeit, die ganze Bewegung vom Politisch-Abstrakten auf die wirtschaftliche und damit kulturelle Hebung der Arbeiterklasse hinzuleiten. Es war ohne weiteres klar, daß die unterdrückte, politisch unfreie, sozial mißachtete Arbeiterschaft zu einem Machtfaktor nur werden konnte, wenn sie wirtschaftlich gehoben und damit auch kulturell vorwärts entwickelt wurde. Ohne diese Unterscheidungen immer auszusprechen, ohne sie oft auch nur im Bewußtsein ausreisen zu lassen, hat doch die Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften eine der fruchtbarsten Kulturarbeiten verrichtet, die je die Geschichte sah. Die soziale und kulturelle Stellung der Arbeiterschaft als Klasse ist heute himmelweit von jener verschieden, die sie etwa zur Zeit Vassalles inne hatte, gerade infolge des Wirkens der Sozialdemokratie, die den Arbeitern in steigendem Maße Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein einflößte und sie dadurch reif machte, auch als Klasse einen besonderen Typus zu verkörpern.

Wenn jetzt in einem stillen Thüringer Städtchen eine besondere sozialistische Kulturtagung um Formulierungen und Begriffsbestimmungen rang, die die Verbindung der sozialistischen Gesamtbewegung mit den kulturellen Erscheinungen der Jetztzeit herzustellen in der Lage sind, so stellt sich das dar als eine Erscheinung aus der geistigen, wirtschaftlichen und politischen Umwälzungsperiode, die wir miterleben. Alle Umwelt scheint sich umzuformen. Nicht nur politische Grenzen und Begriffe werden gesprengt, nicht nur überkommene Wirtschaftsformen gehen in neue, große anders geartete Gestaltungen auf — Wissenschaft und Technik bringen fast täglich Neuerscheinungen hervor, deren fernwirkende Kraft oft nur schwer zu überblicken ist.

In solcher Übergangszeit von einem Alten zu werdendem Neuen steht auch die Arbeit der Sozialdemokratie. Politisch sind ihr — nicht nur in Deutschland — völlig neue Aufgaben gestellt. Wirtschaftlich ringen die Arbeiterorganisationen um vermehrten Einfluß im Gesamtprozess der Produktion und des Güterverbrauchs. Kein Wunder also, daß auch die kulturellen Aufgaben sich schärfer herausheben, nach neuer und vermehrter Geltung drängen. Es zeigt sich, daß die Erweiterung unserer Reihen nach der Seite der geistigen Arbeiter eine klarere Herausarbeitung der kulturpolitischen Zielsetzungen notwendig macht.

Diesem Zwecke sollte die Tagung des Sozialistischen Kulturbundes, der Dachorganisation sämtlicher an der Arbeiterkultur in sozialistischem Sinne wirkenden Verbände, dienen. Das Vortrags- und Diskussionsprogramm umfaßte das ganze weite Gebiet des Verhältnisses zwischen Sozialismus und Kultur. Die Teilung des Hauptthemas in Untergruppen sollte die Uebersichtlichkeit erleichtern und die Besprechung konzentrieren. Diese naheliegende Absicht wurde in der Ausführung jedoch zum Leidwesen vieler Teilnehmer gestört durch die Häufung der Fragen, die eine überhäufte und deshalb nicht voll befriedigende Aussprache zur Folge hatte.

Der Sozialismus als Weltanschauung bricht mit unendlich vielen Ueberlieferungen. In seiner Willensrichtung liegt die soziale Gemeinschaft mit sozial empfindenden und für die Gemeinschaft wirkenden Menschen. Das bedeutet einen schroffen Gegensatz zu der individualistischen, die Persönlichkeit in den Vordergrund rückenden Betrachtungsweise des Liberalismus und dem Autoritätsprinzip der konservativen Welt. Geht man an die Entwicklung eines sozialistischen Kulturprogramms, so öffnen sich immer weitere Aeste und von immer neuen Punkten aus läßt sich vorstoßen, um Ge-

## Die bayerische Feme gesteht!

### Zeugenvernehmung vor dem Reichstagsuntersuchungsausschuß in München.

München, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Vormittagssitzung des Femeausschusses waren als Zeugen geladen: Rechtsanwalt Gademann, Dr. Kern, Kriebel und Escherich. Von Gademann war aber eine schriftliche Erklärung eingelaufen, daß er aus dringenden beruflichen Gründen nach London verreisen mußte. Er verwies in diesem Schreiben auch auf seine früheren Erklärungen, die er in der ganzen Angelegenheit vor dem Untersuchungsrichter abgegeben hatte, und erklärte, daß er auf Grund des § 52 der St.-Pr.-Ordnung jede weitere Aussage verweigere.

Er begründet das damit, daß er der Verteidiger Brauns und Beurer sei, und brachte für diese Behauptung auch die schriftlichen Belege bei. Seine Abwesenheit von München dauert ungefähr eine Woche.

Hierauf wurde Dr. Kern als Zeuge vernommen, der einer der ersten Gründer der Einwohnerwehr ist und zu dem engsten Mitarbeiterstab des Oberforstrats Escherich gehört. Er arbeitete mit diesem bereits im Jahre 1919 zusammen, als die Einwohnerwehren im Entstehen begriffen waren. Nachdem die Gründung erfolgt war, wurde er der Leiter der Wirtschaftsabteilung der Einwohnerwehr und behielt diesen Posten bis Dezember 1920. Er behauptet, seine Aufgaben seien lediglich kaufmännischer Natur gewesen und außerdem habe er sich mit der Personalabteilung zu befassen gehabt. Nach seinem Ausscheiden aus der Landesleitung der Einwohnerwehr sei der Oberleutnant Braun, der früher nur als Hilfskraft angestellt gewesen sei, zum Leiter der Wirtschaftsabteilung ernannt worden. Braun habe dann später, als durch gesetzliche Bestimmungen ein Entwaffnungskommissar aufgestellt war, das Einsammeln der Waffen innerhalb der Einwohnerwehr südlich der Donau übernommen.

Ueber die engeren Mitarbeiter Brauns, denen bekanntlich verschiedene Wortdaten zur Last gelegt werden, weiß er nichts Näheres anzugeben. Er behauptet, diese Leute in der Hauptsache nur vom Sehen gekannt zu haben. Mehr bekannt war er mit Beurer, der Gauleiter der Einwohnerwehr von Zusmarshausen war und der bekanntlich im Fall Hartung im schwersten belastet ist. Der Zeuge erklärt auf verschiedene Vorhaltungen, daß über Waffenangelegenheiten in der Einwohnerwehrleitung so gut wie nicht gesprochen worden sei. Und zwar habe man sich in dieser Richtung Mißschweigend an Abmachungen gehalten, über solche Dinge nicht zu reden. Es trifft allerdings zu, daß der Verrat von Waffenlagern sich in jener Zeit außerordentlich häufte, von der Einwohnerwehrleitung sehr scharf verurteilt wurde

und daß auch von ihm Ausdrücke gebraucht wurden wie: „Solche Verräter gehören umgebracht.“ Aber von solchen Redensarten bis zur Tat sei ja immer noch ein weiter Schritt. Ueber das Verhältnis zwischen der Polizeidirektion und der Landesleitung der Einwohnerwehr behauptet der Zeuge, daß dies Verhältnis stets ein sehr freundschaftliches gewesen sei. Bei Einstellungen in der Landesleitung der Einwohnerwehr gab die Polizeidirektion bereitwillig Auskunft über die Personalien der einzelnen Leute. Hierauf erfolgt die Vernehmung des Oberforstrats Escherich,

des Leiters und Gründers der Einwohnerwehr und der Organisation Escherich. Er erklärte im Zusammenhang, daß der Grundgedanke der Einwohnerwehr ein rein antisozialistischer gewesen sei, um Ruhe und Ordnung zur Zusammenarbeit mit der legalen Regierung herzustellen. Die Einwohnerwehr habe niemals mit Fememorden etwas zu tun gehabt und sei grundsätzlich auf dem Standpunkt gestanden, niemals etwas Ungeheures zutun.

Seine persönliche Anschauung, erklärt Escherich, war, daß, wenn junge Leute Taten vollbracht haben, deren sie heute beschuldigt werden, sie dies im Grunde nur taten, um dem Vaterland aus nationalen Gründen zu helfen.

Eingehend wurde dann Escherich gefragt, ob der Rechtsanwalt Gademann in der Rechtsabteilung der Einwohnerwehr angestellt war.

Dabei teilte Escherich mit, daß Gademann auf Befehl Kriebels eines schönen Tages, und zwar am 14. März 1921, bei einer Besprechung mit der bayerischen Regierung von ihm keinen Kraftwagen verlangt habe mit der Begründung, daß er rasch im Interesse der Einwohnerwehr nach Augsburg fahren müsse.

Ohne weitere Auskunft zu verlangen, stellte er, wie das so üblich war, der Landesleitung seinen Wagen zur Verfügung.

Ein längeres Fragegespräch ergab sich aus der Tatsache, daß Escherich dem Kriebel Schweigepflicht auferlegt hat. Kriebel hat nämlich in einem Schreiben an den Ausschuss erklärt, daß er sich an diese Schweigepflicht gebunden erachte und daß er demzufolge die Aussage verweigern werde. Der Zeuge Escherich wurde auf die Unmöglichkeit dieser Schweigepflicht hingewiesen, worauf er dann erklärte: Ich entbinde Kriebel von diesem Still-schweigen nur dann, wenn Kriebel selbst es will.

Als Begründung dieser Auffassung stellte sich Escherich auf den Standpunkt, daß es besser sei, das Rechtsbewußtsein des Volkes zu schädigen, als daß vaterländische Interessen geschädigt werden.

## Tritt Seckt zurück?

### Folgen der Affäre von Münzingen.

In den Mittagsstunden wird in politischen Kreisen die Nachricht verbreitet, daß General von Seckt wegen der Angelegenheit des Kronprinzenjohnes im Lager von Münzingen zurücktreten wolle.

Auf unsere Anfrage beim Reichswehrministerium, warum mit der Erledigung der Münzinger Affäre gewartet werde, bis der Reichspräsident vom Urlaub zurückgekehrt sei, während die Angelegenheit doch in die Zuständigkeit des Reichswehrministers falle, wird uns erwidert, daß das Reichswehrministerium zwar sachlich zuständig sei, daß es aber Angelegenheiten gäbe, die über die Kompetenz eines Ressorts hinausreichen, im übrigen sei die Angelegenheit durch die Ereignisse überholt.

meinschafsgedanken zur Geltung zu bringen. Aber überall muß dabei angeknüpft werden an Bestehendes, historisch Gewordenes, das umgestaltet, aber nicht ausgelöscht werden kann. Ob wir auf dem Wege der Gesetzgebung — in Reich, Staat oder Gemeinde — sozialistische Gedanken durchzusetzen suchen, oder auf dem Wege der freien organisatorischen Arbeit, überall sind wir genötigt, an die Umformung des Vorhandenen zu gehen. Es ist leicht, von dem „neuen Menschen“ zu reden, der gestaltet werden müsse, aber schwer, für diesen Begriff eine andere Unterlage zu finden, als die tatsächliche Umgestaltung der Existenzbedingungen der Menschen überhaupt.

Es scheint uns deshalb nicht unbedingt erforderlich, in diesen Dingen mit überspitzten Begriffen zu spielen, wie das vielfach auch auf dieser Kulturtagung geschah. Ob „Reformismus“ oder „Revolutionarismus“, ob „Rationalismus“ oder „Seele“ — das sind für die praktische Wirksamkeit sozialistischen Kulturstrebens nur akademische Unterscheidungszeichen. Denn schließlich muß all unser Wollen münden in den Sozialismus, der die Wirtschafts- und Lebensform der sozialen Gemeinschaft bedeutet. Diese neue Form der Gemeinschaft unter Aufhebung der Gesellschaftsklassen wird aber nicht an einem Tage plötzlich vor uns stehen, sondern jeder Tag, den wir im Streben nach ihr schaffend vollenden, muß uns dem Ziele näher bringen. Jeder Tag bringt aber auch neue Probleme und neue Aufgaben, die wieder zu meistern sind. Da ist es gut, gelegentlich Rück- und Vorschau zu halten, um die Strecke zu errechnen, die noch vor uns liegt, aber auch die Steigung, die wir schon erklimmen haben. Ein solcher Augenblick der Rast und des Uebersehens sollte die Kulturtagung in Blankenburg sein. Selbstverständlich, daß tüchtige Wanderer glauben, noch schneller zum Ziele eilen zu müssen. Selbstverständlich, daß von anderen gemahnt wird, nicht den Weg und die Nachkommenden zu vergessen. Stürmender Optimismus und ruhige Berechnung trafen hier zusammen. Beide streben demselben Ziele zu.

Ueberwog auf der Kulturtagung mehr das theoretisierende Moment, so kam in der ihr folgenden Reichskonferenz der Bildungsausschüsse mehr die Praxis zum Wort. Hier, wo die Männer der Wirklichkeit und der organisatorischen Arbeit berieten, klang es zwar zuweilen nüchtern als dort, aber schließlich ist diese Arbeit an der Arbeiterklasse und für sie ein überaus wertvolles Stück sozialistischer Kulturarbeit. Nur ein Stück aus dem großen Bilde, das die sozialistische Bewegung in ihrer Gesamtheit darbietet, aber ein lebhaftes und farbenfrohes Spiegelbild echt sozialistischen und proletarischen Kulturwillens.

## Westarp will warten.

Das deutschnationale Echo zum Parteitag der Volkspartei

Graf Westarp hat als Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei von seinem Parteitag handlungsfreiheit erhalten, um seine Partei in die Regierung zu führen. Nach dem Parteitag der Volkspartei bleibt ihm nichts übrig, als diese Vollmacht zu benutzen — **Abwarten**.

Er konstatiert in der „Kreuzzeitung“, daß der Parteitag der Volkspartei mit folgendem Ergebnis geendet habe:

„So muß man alles in allem als Ergebnis des Kölner Parteitages buchen, daß die Deutsche Volkspartei die von den Herren vom Staatsrat vorgeschlagene Arbeitsgemeinschaft abgelehnt hat. Man mag diese Tatsache beklagen. Man muß einstweilen mit ihr rechnen.“

„Die Kölnische Zeitung“ spricht aus, der volksparteiliche Parteitag bringe eine Stöckung auf dem Wege zur Bildung einer tragfähigen Regierungsmehrheit. Wir beharren, unbeirrt durch persönliche Empfindlichkeiten, bei der zur Ueberwindung dieser Stöckung geeigneten Politik, die wir auf unserem Kölner Parteitag vorgezeichnet haben.“

Herr Graf Westarp will nach wie vor in die Regierung. Er sieht die bitteren Wahrheiten ein, die Stresemann den

Deutschnationalen verfehlt hat. Wohl polemisiert er dagegen — aber mit ängstlichem Bemühen, nichts zu verderben.

Er klagt über die „Zeugnisse von verhaltener Kampflust“, die Stresemann abgelegt habe, seine eigenen Ausführungen sind ein Zeugnis von schlecht verhohlener Enttäuschung.

Die Deutschnationalen stehen weiter vor der Tür. Graf Westarp wartet.

## Der Hohenzollern-Vergleich.

Der Vergleich, der zwischen der preussischen Staatsregierung und den Hohenzollern zustande gekommen ist, beruht auf den letzten Abfindungskompromißbeschlüssen des Reichstages, die bekanntlich nicht endgültig zur Annahme gelangt sind. Das preussische Finanzministerium hat auf Grund dieser Kompromißbeschlüsse, die noch eine schiedsgerichtliche Entscheidung vorzusehen, eine Wahrscheinlichkeitsrechnung aufgestellt, wieviel danach dem Staat und wieviel den Hohenzollern zufließen würden. Danach ergab sich, daß die Hauptlinie der Hohenzollern etwa 200000 Morgen Land und etwa 6 bis 7 Millionen in bar erhalten würde. Daß es sich hierbei um einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem früheren Vergleich handelt, ist daraus zu ersehen, daß in dem Vergleichsentwurf von 1925 der Hauptlinie der Hohenzollern 330000 Morgen und 30 Millionen zufließen sollten. Von den Reichstagskompromißvor schlägen ausgehend, gibt der neue Vergleich den Hohenzollern 250000 Morgen Land, also 50000 mehr als nach den Reichstagsbeschlüssen, wogegen die Hohenzollern auf Schloß und Park Bellevue, Schloß und Park Babelsberg mit Inventar, Schloß und Park Buxtehude und verschiedene Ruhgrundstücke in der Breiten Straße in Berlin, in Karlshorst, Potsdam und Nikolskoew verzichten. Die Albrecht-Linie verzichtet in dem neuen Vertrag zugunsten des Staates auf 20000 Morgen Land und Forst und behält etwa 60000 Morgen. Die Karl-Linie verzichtet auf 27000 Morgen und erhält etwa 70000 Morgen. Bei der Karl-Linie handelt es sich hauptsächlich um Flatow-Krojanke, bei dem es sehr zweifelhaft war, wohin es nach den letzten Reichstagsbeschlüssen fallen würde. Die Barenshäbigen der Hohenzollern ist in dem neuen Vergleich auf 15 Millionen Mark festgesetzt. Von den Werten, auf die die Hohenzollern in dem neuen Vergleich verzichten, sind bei der Erhebung des Wehrbeitrages Schloß und Park Bellevue mit 34 Millionen, Babelsberg mit 15 Millionen und die übrigen Objekte mit 9 Millionen veranschlagt worden.

## Die Monarchisten in Bayern.

Stille, stille, kein Geräusch gemacht...

Die Stärke der monarchistischen Bewegung in Bayern ergibt sich aus einem offiziellen Schriftstück, das aus der Zentralkommission des „Heimat- und Königsbundes „In Treue fest!“ stammt und in dem von der Führung dieses Bundes Rechenschaft abgelegt wird über die äußere und innere Entwicklung des Bundes seit dem März 1925. Damals übernahm der Freiherr von Krein, der Redakteur der von dem Dolchschnitzer Cohnmann herausgegebenen „Süddeutschen Monatshefte“, die geschäftsführende Landesleitung des Bundes, mit dem sich dieser Tage die bayerische Königspartei verschmolzen hat.

„Als erstes“, so heißt es in dem Dokument, „ist anzustreben, daß die Bewegung des Bundes, die als Organisation der Wählermassen gedacht ist, aus der Vereinsmelerei herausgehoben wird. Dabei muß möglichst geräuschlos gearbeitet werden, weil es nur schädlich ist, wenn schon bei dem Aufmarsch die Aufmerksamkeit der Gegner bewirkt wird. An eine gewalttätige Ueänderung der Verfassung ist seit 1923 nicht mehr zu denken. Dies wäre vielleicht dann möglich, wenn die radikale Linke einen Umsturz versuchen würde. Die Haupttätigkeit des Bundes bleibt darauf gerichtet, das konservative Element der bayerischen Bevölkerung zu stärken, es zu organisieren und einen bestimmenden Einfluß auf die Leitung der bürgerlichen Parteien zu gewinnen. An eine durchgreifende Tat ist erst dann zu denken, wenn der Bund die Mitgliederzahl von 130000 bis 140000 erreicht hat. Die Mitgliederzahl beträgt aber heute erst etwas über 50000. Die Baye-

rische Volkspartei ist bereits überflügelt. Der Bund besitzt in fast allen bayerischen Kreisen hauptsächlich angestellte Sekretäre, nachdem die ehrenamtlichen Sekretäre und die Vereinsvorstände beilegt werden konnten. Diesen Kreissekretären ist im wesentlichen der Aufstieg des Bundes seit Jahresfrist zu danken. Von 540 politischen Gemeinden in Oberbayern bestehen in 175 Ortsgruppen des Bundes, von den 954 in Niederbayern in 60, von den 1085 in der Oberpfalz in 263, von den 1007 in Mittelfranken in 260 und von den 1121 in Oberfranken in 160. In Schwaben und Unterfranken sind die Ziffern weniger befriedigend. In den derzeitigen 50000 Mitgliedern sind lediglich die aktiven Monarchisten erfasst. Ihre Ziffer muß und kann gesteigert werden, und zwar aus den Reihen der gleichgültigen Monarchisten. Das gelingt um so leichter, wenn man die vorhandenen Vorurteile gegen den Separatismus beachtet und nach dieser Richtung weniger geräuschvoll arbeitet. Damit wird eine Reihe von Schwierigkeiten umgangen. Finanziert wird der Bund im wesentlichen durch freiwillige Spenden, wobei der Mittelstand und die kleinen Beamten eine staunenswerte Opferwilligkeit zeigen. Die straffe Durchorganisation des Bundes wird in zwei bis drei Jahren vollzogen sein.“

Der Bericht ist ein Zeichen dafür, daß die bayerischen Monarchisten sich mit den neuen Verhältnissen noch nicht abgefunden haben. Der Bericht dürfte in seinen zahlenmäßigen Angaben stark übertrieben sein. Aber selbst wenn man nur 50 Prozent der einzelnen Behauptungen als richtig anerkennt, bleibt eine starke Aktivität der bayerischen Monarchisten festzustellen. Die befohlenen Agitatoren müssen „geräuschlos“ den monarchistischen Homig verschleudern.

Die heutige monarchistische Taktik erfordert selbstverständlich riesige Geldsummen, denn die Königsbündler haben jetzt befohlene Kreissekretäre angestellt, um planmäßige monarchistische Propaganda treiben zu können. Wer finanziert heute die sehr kostspielige monarchistische Organisation? Da stehen zunächst die freiwilligen Spenden, und da werden die Taschen der Wittelsbacher herhalten müssen! Bezeichnenderweise betätigten sich die monarchistischen Kreissekretäre besonders in der Propaganda gegen die Fürsteneinteilung. Der Kreissekretär in Bamberg, der vom Oktober 1925 bis zum Juni 1926 über 40 Ortsgruppen errichtet haben will, rühmt sich 50 fränkische Zeitungen zum Kampf gegen die Fürsteneinteilung aufgestellt zu haben. Die monarchistischen „Aktivisten“ scheuten sich auch nicht bei diesem Kampfe vor der Anwendung terroristischer Mittel, daß in einzelnen Gemeinden, in denen die monarchistischen Ortsgruppen arbeiteten, keine Jastime abgegeben wurde.

Der bayerische Monarchistenbund will sich die Geißlichkeit gefügig machen, damit ihnen in den Ortsgruppen wirksame Agitatoren für König Rupprecht erstehen. Bisher fanden die Bündler nämlich, daß die Geistlichen ihnen vielfach eine kalte Schulter zeigten. Die geistlichen Herren sind natürlich durchweg Mitglieder der Bayerischen Volkspartei, die sich doch nicht so ohne weiteres zum Lakai der Wittelsbacher herabwürdigen läßt. Die Geißlichkeit hat ihre Sonderinteressen und läßt sich nicht einfach von Berchtesgaden und München gängeln.

## Wanzen-Größenwahn.

Der „Deutschen Zeitung“ gewidmet.

Eines Tages wurde die Wanze größenwahnsinnig. „Ich frinste und steche, und die Menschen jucken sich, wenn ich sie berühre“, so sagte sie, „warum soll ich nicht auch töten können?“ Von da ab bildete sie sich ein, sie könne töten.

Herr Bacmeister und die „Deutsche Zeitung“ haben vor einiger Zeit eine Stinkbombe gegen den Genossen Seering geworfen, so daß sich alle anständigen Leute die Nase zuhielten. Jetzt erzählen sie, der Gestank habe Seerings Gesundheit erschüttert, sie hätten ihn gestürzt.

Größenwahnsinn der Wanze!

Gefängnis wegen antimilitaristischer Propaganda. Das französische Kriegsgericht in Trier verurteilte einen Buchhändler aus Koblenz zu 2 Jahren Gefängnis, weil er gemeinschaftlich mit Franzosen antimilitaristische Flugchriften unter den Besatzungstruppen verteilt hatte. Wegen des gleichen Vergehens wurde ein Mann aus Düren in Abwesenheit zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

## Shaw: Mensch und Uebermensch

Ceffingtheater.

Hallo, dieses Feuerwerk, wenn sich im phantastischen Vorraum von Himmel und Hölle der steinerne Komtur, Don Juan Tenorio, der Teufel und die liebe Donna Anna über ihre Herzensangelegenheiten unterhalten! Die Männlein und Weiblein, ewige Geschöpfe der Dichterphantasie und der mozarischen Insterblichkeit, zergrübeln sich die Köpfe darüber, ob es möglich sein wird, den wahren Uebermenschen einmal in die Welt zu setzen. Soll der Uebermensch im Himmel geboren werden, wo alles Harmonie und gähnende Langeweile ist oder wird er der Pilger zum Höllenschlund sein, wo Gottes ungehorsame Geschöpfe zwar schmoren, wo aber für jederteil Vergnügungen gesorgt ist? Shaw, der Lustigmacher, haut den Knoten der schwierigen Frage mit großer Zivilcourage entzwei. Selbst der steinerne Komtur, um dessen Pferd und Helmzier es so reaktionär geistert, zieht die abwechslungsreiche Hölle dem Himmel vor, wo die Untertanen nur gähnen. Diesen Akt brachte man früher nicht auf die Bühne, da man ihn für unheimlich hielt. Nun hat der Regisseur Martin die Shawische Burleske durch die Vision unterbreiten lassen, und es wird der Akt der Diskussionen beinahe zum stärksten Stück. Denn hier werden Gedanken zu Ende gedacht und geredet, die uns verflucht bedrängen. Wir wollen nämlich, alle, wofür wir uns an ein Ideal festgelesen haben, irgendwo an den Uebermenschen heran. Und zum Heuter, nur im Traum gelangt es, die Wirklichkeit wegzuwischen und ein ganzer Held zu sein, und kein kleiner, leidenschaftlicher Knirps. Weil Shaw sich vor 25 Jahren vornahm, zu beweisen, daß auch der stärkste Frauenverführer Don Juan nur ein Spieler und im Gespinn der bürgerlichen Ehe enden muß, kam ihm beinahe die grüne Galle hoch, weil er das schwierige Problem nur so dürftig lösen konnte. Es gibt keinen Don Juan, es gibt nur den hartgejagten Junggesellen, der schließlich doch zu Kreuze, d. h. zum Standesbeamten kriecht. Shaw fühlte sich so wenig als Meister des Problems, daß er über sein Theaterstück eine dialektische Philosophie herumschrieb. Er wollte bezeugen, daß das Heidentum nur ein Maulheidentum sei.

Er ordnet die Welt also nicht, wie die Maulhelden es wollen, aber er schreibt einen sanften Schwanz, dessen kleinbürgerliches Ende durch raffinierten Wig und jene Pointen vorbereitet wird, die auch den Menschen erlösen und verjöhnen. Von dem Absoluten, das sich die Philosophen und Sittenprediger ausdenken, bleibt nicht viel übrig. Doch die Altersweisheit, die jedermann mit seinem knappen gesunden Menschenverstand bewältigt, ist so frühlich, daß man schließlich das Zukunftschrumpfen der Ideale als eine sehr anständige Bewältigung akzeptiert. Man glaube an Gotteswillen nicht, daß dieser Bernard Shaw ein Revolutionär ist. Die Engländer, die ihm von Staats wegen zu seinem 70. Geburtstag eine Fahrtbrief gaben, waren sehr bornierte Leute, Bernard Shaw ist

nämlich der artigste Hüter jeder Ueberlieferung. Er zappelt nur eine Weile lang, um sich loszureihen. Dann unterwirft er sich schnell dem bürgerlichsten Gesetzbuch mit all seinen Paragraphen. Nur besteht sein großes Talent darin, daß er immer wieder diesen Prozeß des Zappelns so dramatisch beschreibt.

Wenn Eugen Klopfer, von Anfang an furios und prustend in Gelächter, verrät, daß er trotz seiner brennenden Don Juan-Gelüste endlich doch um die kleine Hand der kleinen Anna anhalten wird, so hilft der Schauspieler prächtig der Absicht des Dramatikers. Klopfer wählt ein tolloftes Tempo, um den gesunden Menschenverstand schleunigt zum Finis zu bringen. Seine Leistung ist eine wahre Sportleistung des Komödianten. Mit Hurra beritt er die Bühne, mit Hurra verläßt er sie, als der Vorhang zum letztenmal fällt. Seine Adjutantin vom anderen Geschlecht ist Frau Carolina Reher, die gerade lovely Verstand und Grazie ausstrahlt, daß sie über die Durchschnittsklasse der normalen Beschäftigten hinüber häupt. Ein Augenblick, und aus dem süßen Wädel wird ein Weib. Das Schnippsche und Nektische ist schwer zu vermenschlichen und vor der saden Süßlichkeit zu bewahren. Frau Reher überwindet die Natur, die sie auf die gefährliche Butter- und Honigseite des Daseins hinüberwarf. Eugen Burg, Irmgard Richter, Ulrich Eitler, Wilhelm Dieterle und vor allem auch Karl Eitlinger, der die kranken Menschen so köstlich spielt, wirkten als gehorsame Mitarbeiter des Regisseurs Karlheinz Martin. Man freute sich sehr und klopfte dankbar Beifall. **Max Hochdorf.**

Neueinstudierung der „Wildente“. Im Jahre 1889 war in Berlin die „Freie Bühne“ gegründet worden, die dem dramatischen Ausdruckswillen der Jugend dienen wollte und tatsächlich eine neue dramatische Richtung einleitete. Der erste Dichter, mit dem die „Freie Bühne“ an die Öffentlichkeit trat, war Henrik Ibsen. Heute kann man kaum noch begreifen, daß die Vorstellungen damals eine Sensation gebildet und zu höchsten Reimungsstärken geführt haben. Es hat seinen eigenen Reiz, wenn jetzt, drei Jahrzehnte später, Ibsen auf dem Spielplan erscheint. In der „Tribüne“ sah man gestern die „Wildente“. Wenn Ibsen dem Wahrheitsfanatiker die Lebenskompromisse, die ideale Forderung der Lebensliege gegenüberstellt, wenn er das Problem aufrollt, ob Erkenntnis der nackten Wahrheit oder hoffende Illusion das Glück bedeutet, so weckt er bei uns nicht mehr brennendes Interesse. Es ist nicht mehr unser Problem. Ibsens Wissen scheint erfüllt, seine Gedankengänge sind allgemein geworden. Wir wissen, daß die Wahrheit oft bitter ist und den holden Traum vom Glück zerstört. Zuweilen kommt uns sogar der Zweifel, ob Ibsens Fragestellung überhaupt jemals ein Problem gewesen ist. Was uns heute noch mit Bewunderung erfüllt, das ist die Gestaltungskraft des norwegischen Dichters, die dramatisch gespielte Zurückhaltung des Schauspiels. Von Anfang an ist der Zuschauer mit Spannung geladen. Das präzis laufende Räderwerk der grandiosen Konstruktion tritt gutaus, und doch greift der Dichter tief in unsere Seele. Hjalmar, der Mann mit der Lebensliege, ist bei dem Regisseur Eugen Robert Alexander Roßki, Seine

Stimme sinkt, die Unwahrscheinlichkeit seines Charakters verflucht er schon durch gewollte Grandezza in der Tongebung auszudrücken. Da er aber den ganzen Abend über in gezierter großer Gesten verharrt, so wird er überdeutlich und überzeugt nicht mehr. Wir verstehen nicht, daß an diesen hohen präherischen Menschen ein so klares und unpompiertes Wesen, wie seine Frau Dina, geglaubt hat, der Jika Grüning menschlich ergreifende Züge leih. Die Befehle des Hjalmar machten auch die prächtigen Leistungen von Albert Steinrück, Hermann Wallentins und Lothar Rühls nicht weh.

„Das mädchenhaft schöne Finnland“ ist ein Film bestellt, der jetzt in der Urania läuft. Diese Bilderreise ist nicht nur eine angenehme optische Angelegenheit, sie bietet auch reiche Möglichkeiten der Belehrung. Man ging bewußt vor, in strenger Zusammenfassung alles dessen, was man zeigen wollte. So sieht man zuerst die Bauten und Wahrzeichen Finnlands, bei stolzer Namensnennung derer, die sie schufen. Als Ernährungsquelle der Bevölkerung spielt die Landwirtschaft eine große Rolle; daher werden landwirtschaftlicher Groß- und Kleinbetrieb vorgeführt, und das Leben und Treiben in den Genossenschaftsmolkereien, von denen jede nach einem Schweinehof hat, wird eingehend veranschaulicht. In den großen Genossenschaftsgebäuden bedienen viele fleißige Hände die Maschinen, die u. a. die Butter wäschen, salzen und kneten. In Kühlwagen der Eisenbahn wird dann die Butter nach den Hafenstädten befördert, von wo aus sie per Schiff die Reise nach ihrem Bestimmungsort antritt. Finnland mit seinen ausgedehnten Wiesen hat eine natürliche Grundlage für die Milch- und lauter Statistik kommt auf jeden dritten Einwohner eine Kuh. Finnland ist aber auch das Land der Wälder und es ist ein eigenartiger und unvergeßlicher Anblick, wenn man 4 Millionen gefällter Stämme treibend in einem Flusse sieht. Eine Zellulose- und Papierfabrik, mit deren Einrichtungen man sehr genau bekannt gemacht wird, verarbeitet täglich 50000 Stämme. Finnlands Wasserkraft, prächtig dargestellt in den Aufnahmen der draufenden Wasserkfälle, ist erst zu einem Drittel nutzbar gemacht. Ferner vergah der Film es nicht, vom Sport ausgiebig zu berichten. So war man Zeuge des begeisterten Empfangs hiesiger heimgekehrter Sportsleute, während unter all den vorgeführten Sportarten für uns wohl das Pferderennen auf der Schneebahn erhöhten Reiz hat. **e. b.**

Automobilräder aus Gummi. Automobilräder, die ganz aus Gummi hergestellt sind, soll nach der „Gummi-Zeitung“ die Australische Rubber Co. Ltd. auf den Markt bringen. Infolge der Entzweitung des Gummis ist die Dämpfung von Straßenrößen derart gut, daß dieses Rad keines Aufstiegs- und Schläuchbedarfs. Das Rad ist damit auch nicht den Gefahren von Reifenpannen ausgesetzt, soll leicht montierbar und auswechselbar sein und garantiert den vierfachen Dienst leisten. Die Kosten sollen sogar geringer sein als bei einem gleichen Rad mit Bereifung. Das Rad soll ausser aus Vollgummi bestehen und innen eine Gummitorteneinlage besitzen.

Zur Aufführung gelangt Büllings II. Sinfonie op. 29 in 3 Sätzen im II. großen Antonienkonzert des Berliner Sinfonie-Orchesters, Dirigent: Emil Bohner, am Mittwoch, den 13. Oktober, im Dönhofsplatz.

## Der Koblenzer Aufruf.

Warum hat ihn WTB nicht verbreitet?

Der von uns heute morgen veröffentlichte gemeinsame Aufruf des Reichskommissars für die besetzten Gebiete Freiherrn Langwerth von Simmern, und des Vorsitzenden der Interalliierten Rheinlandkommission Tirard, ist ein überaus erfreuliches Dokument. Diese Kundgebung beweist, daß die beiden Regierungen ernstlich gewillt sind, die durch die jüngsten Zwischenfälle im besetzten Gebiete erregte öffentliche Meinung in beiden Ländern zu beruhigen. Der ausdrückliche Hinweis auf die angebahnte allgemeine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist sehr glücklich und wertvoll, denn er zeugt von der Entschlossenheit der maßgebenden Stellen in beiden Ländern, sich von ihren großen politischen Zielen nicht durch lokale Kaufhandel ablenken zu lassen.

Eben die Bedeutung dieser Kundgebung läßt es als unverständlich erscheinen, daß für ihre weitere Verbreitung so wenig gesorgt werde. Immerhin hat die „Telegraphen-Union“ den Aufruf veröffentlicht, wenn auch an unscheinbarer Stelle. Was soll man aber dazu sagen, daß das offiziöse Wolffsbureau bis heute mittag von diesem wichtigen Dokument überhaupt keine Notiz genommen hat? Müßte diese unerklärliche Unterlassung nicht drüben geradezu den Eindruck erwecken, als hätte man in Berlin kein Interesse an einer Beruhigung der öffentlichen Meinung?

Dieser Eindruck — das fügen wir ausdrücklich hinzu — wäre übrigens durchaus falsch: Wir können vielmehr versichern, daß die hiesigen Regierungsstellen ihrerseits bemüht sind, die Gemüter zu beruhigen. Der Reichskommissar ist zur Unterzeichnung des gemeinsamen Aufrufs ausdrücklich von der Reichsregierung ermächtigt worden. Und was die Zwischenfälle selbst betrifft, so scheint man hier Grund zu haben, das Ergebnis der Untersuchungen abwarten zu wollen, ehe man sich über die Schuldfrage ein Urteil bildet. Offenbar sind inzwischen in Berlin Nachrichten eingelaufen, aus denen sich ergibt, daß gegenüber den ersten Darstellungen über die Gernersheimer und sonstigen Zwischenfälle eine gewisse Vorsicht am Platze ist. Wenn der „Total-Anzeiger“ den gemeinsamen Aufruf mit der Ueberschrift ironisiert „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“, so beweist er nur, daß es in Deutschland heute gibt, die kein Interesse an der Beruhigung der Bürgerschaft haben.

Bei Redaktionschluss, um 2 Uhr nachmittags, wird der Aufruf durch WTB endlich mit 18stündiger Verspätung veröffentlicht — offenbar auf Grund einer Anfrage, die wir wegen dieses seltsamen Stillschweigens an die zuständige Stelle gerichtet hatten.

## Coolidge und die Eisenbahnobligationen.

Druck auf Frankreich.

Washington, 6. Oktober. (WTB.) Nach einer Meldung der „Associated Press“ haben weder die alliierten Regierungen noch die deutsche Regierung dem Weißen Hause oder dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß sie irgendwie daran dächten, deutsche Eisenbahnobligationen in Amerika auf den Markt zu bringen. Coolidge vertrete den Standpunkt, daß die Washingtoner Regierung den Kauf irgendwelcher dieser Bonds nicht in Erwägung ziehen würde. Coolidge habe aber nicht angegeben, welche Haltung die Regierung für den Fall ihres Verkaufs an private Interessenten einnehmen würde.

Daß die amerikanische Regierung den Kauf von deutschen Eisenbahnobligationen selbst vornehmen würde, hat niemand von ihr erwartet. Was die Unterbringung der Obligationen beim amerikanischen Finanzkapital betrifft, so hat die Washingtoner Regierung allerdings genügend Mittel in der Hand, um diese Operation zu fördern oder zu sabotieren. Ihre Haltung wird von der Bereitwilligkeit Frankreichs abhängen, das Schuldenabkommen zu ratifizieren. Die obige offiziöse Äußerung gibt dies deutlich zu verstehen.

## Loucheurs Kritik am Stahlkartell.

Für die Kontrolle der Verbraucher und des Völkerbundes

Paris, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Abgeordnete Loucheur setzt seinen Kampf gegen das internationale Stahlkartell in seiner jetzigen Form fort. Im „Ouvrè“ wiederholt er seine Bedenken, daß das Kartell zu eng beschränkt und daher unvollständig sei; immerhin sei es ein Anfang, denn es bringe eine Verständigung zwischen Leuten, die sich auch bekämpfen könnten. Loucheur mündet sich dann noch einmal dagegen, daß in dem Kartell nur die Interessen von einem Duzend Industriemagnaten wahrgenommen werden, während zur Wahrung der Interessen der Verbraucher keine Bestimmungen getroffen sind. Er schlägt schließlich vor, daß zur Kontrolle der Deffektivität über derartige Industriekartelle in Zukunft alle Industrieverträge, genau wie alle politischen Verträge, beim Völkerbund in Genf eingetragen werden sollen.

Loucheur kommt dann auch auf den Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa zu sprechen, dessen Durchführung auf politischem Gebiet er für die nächsten Jahrzehnte als unmöglich bezeichnet. Auf wirtschaftlichem Gebiete dagegen seien die Vereinigten Staaten von Europa eine Lebensnotwendigkeit. „Ich sehe mit Schrecken die Anarchie in der europäischen Produktion gegenüber der methodischen Ordnung in Amerika. Wenn man hier nicht Abänderung schafft, ist bald jede Konkurrenz unmöglich.“

Loucheur faßt zum Schluss seine Auffassungen noch einmal kurz in dem Satz zusammen: „Das Stahlkartell für sich allein genommen, kann keine Garantie für den Frieden sein. Es kann dies aber werden im Rahmen einer umfangreicheren, rationelleren Organisation, und vor allen Dingen, es kann nur dann nicht gefährlich werden, wenn es in einer Atmosphäre des Friedens leben kann.“

Endlich wieder eine Revolution. In Mattio Grosso, an der Grenze Brasiliens, ist eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen, an deren Spitze General Prestes steht.

Die Kinowalgin von Rumänien. Maria, ehemals Kgl. Prinzessin von Großbritannien und Irland, die Gattin Ferdinands und Mutter des Kronprinzen Carol, fährt nach den Vereinigten Staaten. Es wird behauptet, sie werde in Hollywood gegen ein Honorar von 850 000 Franken in der Verfilmung von Tolstois „Auferstehung“ mitwirken. Die Pariser rumänische Gesandtschaft befreit das, als wenn es für eine Königin unanständig wäre, sich ihr Geld selbst zu verdienen, statt sich von ihrem Volke ernähren zu lassen.

## Beamte, Polizei und SPD.

Die Beamtenschaft der SPD. hatte gestern eine Funktionärerversammlung einberufen, in der als erster Senatspräsident Genosse Dr. Fregmuth über die rechtliche Stellung des Polizeibeamten im Volksstaat sprach. Dr. Fregmuth ging zunächst auf das Berufsbeamtentum ein. Seit Jahren beschäftigen sich die politischen Parteien mit der Frage, ob das Berufsbeamtentum beizubehalten sei. Die SPD. nimmt in dieser Frage eine ganz besondere Stellung ein. Im Programm von 1924 tritt sie für das Berufsbeamtentum mit Anstellung auf Lebenszeit ein mit dem weiteren Ziel der Eingliederung in das allgemeine Arbeitsrecht, wie es in der Reichsverfassung verheißen wird. Es ist zwar unverkennbar, daß Beamte wirtschaftlich besser gestellt sind als Arbeiter, sie dürfen sich aber deswegen keineswegs in Gegensatz zu den Arbeitern stellen. Die Beamten wollen natürlich ihre Erwerbungsquellen in sozialer Beziehung nicht aufgeben. Die Arbeiter müssen nun danach streben, daselbe oder ähnliches zu erreichen. Dr. Fregmuth ging dann auf die Meinungsfreiheit der Beamten ein. Nach § 118 der Reichsverfassung steht jedem Deutschen das Recht zu, seine Meinung frei zu vertreten. Es wurde ein Fall angeführt, in dem ein Beamter irgend etwas publiziert und darüber vom Oberbürgermeister zur Rechenschaft gezogen wurde. Das kann nicht im Sinne der Reichsverfassung liegen, die nach Ansicht des Referenten dieser Auffassung durchaus widerspricht. Mit einigen Worten ging Fregmuth auf das neue Disziplinargesetz ein. Nach § 17 des Reichsdienststrafgesetzes (betr. Ruhestandsbeamte) können Beamte noch disziplinarisch verfolgt werden, was vor allen Dingen politisch und zwar wegen Hoch- und Landesverrats sehr wichtig ist. Eine wichtige Aufgabe der Reichstagsfraktion der SPD. muß es sein, zu erkennen, daß bei den jetzigen politischen Verhältnissen hierin eine Änderung eintreten muß. Der Redner sprach sodann über die Polizei im besondern. Durch ihre Aufgabe, sich international zu betätigen, sind die Polizeibeamten gewissermaßen gezwungen, sich gegen jeden nationalen Chauvinismus zu wehren. Dr. Fregmuth schloß, daß der Polizeibeamte Berufsbeamter bleiben soll, aber er soll sich als Beamter fühlen, der nicht über den anderen Volksgenossen steht, der immer mit dem Volk in Berührung bleibt.

Sodann sprach Gen. Dr. Schühinger. Er ging zunächst auf die Polizeiausstellung ein, die das Werk eines sozialdemokratischen Ministers sei, der hiermit seiner fünfjährigen segensreichen Tätigkeit eine Krone aufgesetzt habe. Eine große Aufgabe der SPD ist es, für den Wiederaufbau von Staat und seiner Verwaltung zu wirken, und den Beamten vor allen Dingen Schutz gegen die Reaktion zu geben. Das größte Ziel, das wir haben, ist die kleineren und mittleren Klassen zu einer Verwaltung zusammenzuschließen. Eine große Rolle spielt hier die Belegung in den Ministerien mit Personalreferenten. Von weiterer Wichtigkeit ist die Fortbildung des eigentlichen Nachwuchses aus dem unteren Beamtentum heraus durch geeignete Bildungsinstitute. In der Diskussion wurde von einigen Rednern die Ausrichtungen des Referenten unterstrichen und gutgeheißen. Es wurde betont, daß die Beamtenschaft geschlossen zum Volksstaat steht. Genosse Dr. Bendig sagte, das Berufsbeamtentum stehe vor der großen Frage, ob es zusammen mit dem Arbeiter gehen oder den Ton auf das Berufsbeamtentum so stark legen will, daß eine Spannung zwischen Arbeiter und Beamten entsteht. Er fordert mehr solidarisches Vorgehen. Reichstagsabgeordneter Gen. Wäger betonte zum Schluss, daß vollkommene Meinungsfreiheit auch in der Sozialdemokratischen Partei herrsche und nur so ein Vorwärtkommen möglich war und ist. Die Arbeiterschaft muß in Zukunft noch mehr für die Stellungnahme zum Beamtentum interessiert werden.

## Der „Pelikan“ in Kiel beschlagnahmt.

Verhaftung einer geheimnißvollen Botin der Schmuggler.

Die Schmugglerjacht „Pelikan“, die bisher in der Nähe des Feuereschiffes „Alergrund“ außerhalb der Drei-Meilen-Zone vergeblich auf die andere Schmugglerjacht „Inge“ gewartet hatte, ist am gestrigen Dienstag abend in Kieler Freihafen eingelaufen, wo sie sofort vom Grenzpolizeikommissariat Kiel beschlagnahmt wurde. Dagegen war es den Behörden bisher nicht möglich, die Spritladung der Jacht sicherzustellen oder den Kapitän Kemw und seine Mannschaft zu verhaften, da eine solche Maßnahme in dem als Ausland geltenden Freihafen gemäß den internationalen Bestimmungen nicht zulässig ist. Erst wenn die Befragung von Bord geht oder wenn das Schiff den Freihafen verlassen sollte, könnte die Verhaftung dieser Helfershelfer der Schmuggler durchgeführt werden. Inzwischen hat sich der Kapitän Kemw vom „Pelikan“ beim Kieler Hauptzollamt gemeldet, wo zurzeit seine Vernehmung stattfindet. Ob der Führer der Jacht verhaftet werden wird, steht zurzeit noch nicht fest. Ebenfalls ist bisher auch die Durchsuchung des Schiffes auf etwa an Bord befindliche Spritmengen noch nicht beendet, so daß sich noch nicht sagen läßt, ob überhaupt eine Ladung gefunden wird oder ob, wie nach der gestrigen Beschlagnahme einer aus Swinemünde kommenden Spritladung in Berlin vermutet wird, der „Pelikan“ außerhalb der Drei-Meilen-Grenze seine Ladung auf andere Schiffe übergeführt hat. An Bord des Schiffes, einer Zweimastjacht, befanden sich außer dem Kapitän nur noch zwei Mann.

Die Berliner Kriminalpolizei hat gestern abend auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin eine Frau verhaftet, die möglicherweise Auskunft über den im Augenblick noch von allen Behörden gesuchten Ingenieur Bauer geben kann. Man vermutet, daß Bauer, nachdem seine Geschäftsfreunde nunmehr in Haft gesetzt worden sind, über die Lustig versucht hat, Geld von dem Profuratoren des Bauhauses Merz u. Co. zu erhalten, um die Flucht bewerkstelligen zu können.

## Die arbeiterfeindliche Kirche!

In 15 stark besuchten Versammlungen protestierte die Reichsgemeinschaft freigeistiger Verbände am Dienstag abend gegen die arbeiterfeindliche Kirche. Aus den Versammlungen greifen wir zwei heraus. Im Restaurant Markthalle, Spandau, Nischendorfer Straße, sprach vor zahlreichem Publikum Landtagsabgeordneter Gen. Otto Reier. Er beauftragte in wirkungsvollen Ausführungen die Haltung der Kirche während des Weltkrieges und die Intrigenpolitik großer Teile der Geistlichkeit gegen freiheitliche und republikanische Menschen. Diese und die Politik der „neutralen“ kirchlichen Funktionäre gegen die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft sind charakteristisch für die arbeiterfeindliche Einstellung kirchlicher Institutionen. Wie sich die „unpolitische“ Kirche in der Praxis ausnimmt, zeigen die „Stahlhelm“-Weihen der nationalkirchlichen Pfarrer und die Tiraden der Döhring und Vogel gegen Volk und Freiheit. Mit einem Appell an die Versammelten, mit aller Kraft für die weltliche Schule zu wirken und der Religion des sozialistischen Neubaus der Gesellschaft freie Bahn zu schaffen, schloß Gen. Reier unter starkem Beifall der Hörerschaft. Nach einer kurzen Diskussion sagte der Redner den Inhalt seines Referats nochmals zusammen. — Im Gesellschaftshaus in Moabit sprach Gen. Prof. Harwig, Präsident der Internationalen proletarischen Frontenorganisation. Er betonte, daß wir im Gegensatz zu der Kirche die Armen nicht auf das Jenseits verweisen, sondern wir wollen in Diesseits für jeden Menschen ein erträgliches Leben schaffen. Wir können auch nicht auf Gott vertrauen, sondern auf unsere eigene Kraft setzen wir unsere Hoffnungen. Wir sind überzeugt, daß es uns gelingen wird, den Kapitalismus durch die sozialistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Die Kirche hat sich in den Dienst der herrschenden Klasse gestellt, sie kann gar nicht anders, als die Maßnahmen zu unterstützen, die sich gegen die arbeitende Klasse wenden. Man tut uns unrecht, wenn man uns

Gotteslästerung vormirft. Wir werden im Kampfe für den Sozialismus nicht erlahmen, und wir sind bereit, diesen Kampf auch gegen die Kirche zu führen, deren bisheriges Verhalten nicht den Eindruck erwecken konnte, daß sie für die Armen etwas übrig hat.

## Die verräterischen 20-Mark-Scheine.

Unterschlagungen eines Kraftwagenführers.

Wie erinnerlich, hatten zwei Beamte des Auswärtigen Amtes in einer Autobroschke eine Wappe mit 54 000 M. liegen lassen. Da die Beamten nicht die Nummer des Autos wußten, war eine Ermittlung des Chauffeurs ungemein erschwert. Jetzt gelang es, festzustellen, daß der Chauffeur ein 27 Jahre alter Kraftwagenführer Karl Horneber aus der Bellermannstraße 79 war. Unter den vielen Beobachteten fiel Horneber durch Ausgaben auf, die mit seinem Einkommen nicht übereinstimmen konnten. Es wurde ermittelt, daß der Chauffeur bei einem Schneider eine alte Restschuld von 80 M. mit vier nagelneuen 20-Mark-Scheinen bezahlt hatte, die fortlaufende Nummern hatten. Weiter ergab sich, daß der von ihm geführte Wagen an dem kritischen Tage eine kurze Fahrt für 80 Pfennige gemacht hatte. Man beobachtete seine Wohnung und stellte fest, daß er öfter mit Kollegen kleine Feste machte. Gestern abend, als er um 9 Uhr nach Hause kam, wurde er festgenommen und einem vierstündigen Verhör unterzogen. Zunächst behauptete er, daß gleich, nachdem die Beamten den Wagen verlassen hatten, ihn eine Dame zu einer neuen Fahrt annahm. Die Verlierer des Geldes, die herbeigeholt worden waren, erkannten ihn sofort wieder. Da er weiter hartnäckig leugnete, wurde seine Wohnung durchsucht. In seinem Zimmer und im Keller fand man zunächst nichts. Endlich entdeckte man auf dem Boden in einem fremden Verschlage in einer alten Kiste unter Lumpen das gefuchte Geld. Es waren noch 51 440 M. vorhanden. Mit dem Rest hatte Horneber alte Schulden bezahlt, sich neue Kleidung beschafft und Zehereien veranstaltet. Der Verhaftete wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Die nächtliche Durchsuchung des Bodens, die naturgemäß mit Geräusch verbunden war, ließ die Hausbewohner, die nichts ahnten, glauben, daß Einbrecher an der Arbeit seien. Sie alarmierten das Ueberfallkommando und waren nicht wenig erstaunt, als sich dessen Beamte freundlichlich zu den „Einbrechern“ gesellten und ihnen bei der Arbeit halfen.

## Republikaner heraus!

Demonstration des Reichsbanner für Severing.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ruft zu heute, Mittwoch, abend 8 Uhr, auf dem Gensdarmenmarkt seine Mitglieder zu einem Aufmarsch und einer Abschiedsfeier für den aus seinem Amt scheidenden preußischen Innenminister Severing auf. In dieser Demonstration wollen noch einmal Tausende von Republikanern dem scheidenden Minister Dank sagen für die von ihm geleistete Aufbauarbeit im Volksstaat und das Götterbild unwandelbarer Treue ablegen.

## Der Ankauf des „Kaiserhofs“.

Bereits in der Reichstagsdeputation hat man städtischerseits den vom Reich beabsichtigten Ankauf des Hotels „Kaiserhof“ besprochen. Die Deputation stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß der Verkauf des „Kaiserhofs“ den Gesamtinteressen der Stadt widerspreche. Er billigte die Haltung des Magistrats, der befanntlich in einer Eingabe an die Reichsregierung und an den Reichstag sich gegen den Ankauf gewandt hat. Damit die Angelegenheit auch in der Stadiverordnetenversammlung zur Sprache kommt, hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadlverordnetenversammlung beschließt: Den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der beabsichtigte Verkauf des Hotels „Der Kaiserhof“ an die Reichsregierung nicht zur Tatsache wird. Vielmehr ist die Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß für die geplanten Zwecke die Errichtung eines Neubaus im Regierungszentrum den Interessen des Reichs und der Stadt Berlin entspricht. Sollte jedoch der Verkauf des Hotels „Der Kaiserhof“ zustande kommen, muß eine angemessene Entschädigung der dann brotlos werdenden Angestellten und Arbeiter erwirkt werden.

Die Beiprägung dieses Antrags wird vor der breitesten Öffentlichkeit Gelegenheit geben, alle die zahlreichen Bedenken vorzubringen, die gegen den aussehenerregenden Beschluß der Reichsregierung sprechen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Stadlverordnetenversammlung mit großer Mehrheit mit dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen wird.

## Die gestörte Hochzeitsreise.

Einen bösen Anfang nahm eine Hochzeitsreise, die ein 29 Jahre alter Berliner Kaufmann gestern mit seiner jungen Frau antreten wollte. Das Paar hatte am Abend ein Theater besucht und war kurz nach 12 Uhr in sein Hotel zurückgekehrt. Es bestellte sich bei dem Etagekellner ein Abendessen. Raum hatte der Kellner das Zimmer verlassen, als es wiederum klopfte. Auf den Ruf des jungen Ehe Mannes erschien in der Tür ein schlanker Bursche, der sie beide hinter sich zuzog und einen Revolver auf das Paar richtete. Mit vorgehaltener Waffe forderte er den Ehemann auf, die Brieftasche herauszugeben. Die erschrockene Frau rief laut um Hilfe. Da richtete der Verbrecher die Waffe auf sie und schuß, traf aber glücklicherweise nicht. Der Anschlag auf seine Frau brachte den Mann derartig in Wut, daß er sich auf den Eindringling stürzte und ihm den Revolver aus der Hand riß. Der Waffenscheitler schloß nun, wurde aber von dem Manne verfolgt. Ein Schuß, den er ihm nachschandte, ging fehl. Der Barm hatte die Hotelleitung und das Personal alarmiert. Sie haben den Räuber die Treppe hinunterlaufen und verfolgten ihn. Einem der Kellner gelang es, den Fliehenden mit einem Revolver auf den Boden zu bringen, und in wenigen Augenblicken war er gefesselt. Polizeibeamte stellten ihn als einen 20 Jahre alten Studenten Johannes Wittmann aus Kirchdorf in Oesterreich fest. Er war am Abend um 6 Uhr im Hotel abgestiegen und hatte sich dort als „Student Alfred Pichor aus München“ in das Fremdenbuch eingetragen. Der wohlbekannte Name zerstreute jeden Verdacht der Hotelleitung. Dem neuen Gast wurde im Erdgeschoß das Zimmer neben den Kewerwächtern zugewiesen. Der Verhaftete gibt zu, daß er einen räuberischen Ueberfall geplant hat, um sich Geld zu verschaffen. Er selbst ist völlig mittellos.

## Familientragödie in Tanagerhütte.

In Tanagerhütte spielte sich in der vergangenen Nacht in der Familie des Arbeiters Hermann Prüfer eine luridbare Ehe-tragödie ab. Vermutlich infolge ehelicher Zwistigkeiten warf sich Frau Prüfer mit ihrem sechsjährigen Sohn vor einen aus Richtung Stendal kommenden Zug. Beide wurden sofort getötet. Unter dem Eindruck des furchtbaren Geschehnisses hat sich der Ehemann in seiner Wohnung erhängt.

## Ein Dampfer in Brand geraten.

Der englische Dampfer „Byron“ ist auf der Fahrt von Athen nach New York 30 Kilometer außerhalb New Yorks in Brand geraten. Das Schiff, das 400 Passagiere an Bord hat, rief funktentelegraphisch um Hilfe, da die Befragung des Feuers nicht Herr werden kann. Zahlreiche Dampfer und Motorboote sind dem Schiff zu Hilfe geeilt.

# Die KPD. für die Scharfmacher.

Die Arbeiter sollen niedergeschlagen werden.

Hamburg, 6. Oktober. (WIZ.) Die Hafenarbeiter haben die Arbeit in großem Umfang wieder aufgenommen. Ein Teil der Arbeiter verhält sich aber noch abwartend. In Flugblättern der KPD, Bezirk Wasserfront, werden die Arbeiter zur Weiterführung des Kampfes aufgefordert.

Nach der Abstimmung am Dienstag, an der von rund 15 000 Hafenarbeitern nur ein gutes Drittel überhaupt teilgenommen hat, blieb von vornherein nur die eine Möglichkeit des geschlossenen Abbruchs des Kampfes. Von den organisierten Streikenden, von denen wenigstens die Mehrheit an der Abstimmung teilnahm, haben noch nicht einmal zwei Drittel für die Fortführung des Kampfes gestimmt, während drei Viertel erforderlich sind.

Heute früh veröffentlicht die „Rote Fahne“ auf der ersten Seite einen Schimpfsartikel, der die Wut der KPD. über die fortgeschrittenen Velle verrät. Anschließend daran teilt sie mit, daß die KPD. heute ein Flugblatt verbreiten wird, in dem sie von dem Streik in der Vergangenheit spricht. Die Richtigkeit des vorstehenden Telegramms vorausgesetzt, scheint man in der KPD. in Hamburg anderer Meinung zu sein als in der KPD. in Berlin. In der KPD. in Hamburg begnügt man sich nicht mit der moralischen Verhöhnung und inneren Schwächung der Arbeiterklasse: die Arbeiter sollen auch materiell den Scharfmachern ans Messer geliefert werden. Der Kampf soll nicht geschlossen abgebrochen werden. Die Scharfmacher im Unternehmerlager sollen Gelegenheit bekommen, Maßregelungen durchzuführen.

An dem guten Willen fehlt es dazu im Hafenbetriebsverein nicht. Ohne das Dazwischentreten des Verkehrsverbundes wäre der Versuch bereits gemacht worden. Die KPD. in Hamburg will gewaltsam dazu die Gelegenheit bieten.

Der Versuch der KPD., sich als Gewerkschaft zu etablieren, ist gescheitert. Von den bei der KPD. so sehr beliebten „revolutionären unorganisierten“ blieben drei Viertel der Abstimmung fern. Thälmann war nämlich am Sonntag in Hamburg gewesen, Thälmann, der politische Transportarbeiter. Da ist den Hamburger Hafenarbeitern ein Licht aufgegangen, wohin die Reise gehen soll. Die KPD. will aber trotzdem noch den Versuch machen, die Arbeiter in eine Niederlage hineinzubringen. Das darf ihr nicht gelingen!

## Kationierung der Kohle in England. Ablehnung der Regierungsvorschläge.

London 6. Oktober. (EP.) Das englische Kabinett hielt gestern eine Sitzung ab, in der man sich mit der Kohlenfrage und der konservativen Politik im Hinblick auf die Konferenz in Scarborough befaßte. Die Regierung hat die Eisenbahngesellschaften zu einer Sitzung für Ende der Woche eingeladen, um über die Kationierung der Kohlen zu verhandeln. Baldwin verläßt am heutigen Mittwoch London und wird auf der Konferenz am Donnerstagabend sprechen. Es verlautet, daß die Regierung sich gegenüber der Absicht der Konservenationen, Gesetze einzubringen, die sich gegen die Befugnisse der Gewerkschaften richten, zum mindesten abwartend, wenn nicht ablehnend verhalten wird. Die Konferenz der Bergarbeiter tritt heute zusammen, um die Delegiertenkonferenz für den Donnerstag vorzubereiten. Es haben sich bisher 7 Distrikte für die Ablehnung der Regierungsvorschläge und einer für die Annahme ausgesprochen. Es steht zu erwarten, daß auch in Northumberland und Schottland die Regierungsvorschläge abgelehnt werden.

## Der Ruß nach rechts.

Es ist erreicht, meldet der DBB.

Der Deutsche Beamtenbund teilt mit: „Die angekündigten offiziellen Verhandlungen zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem (christlichen) Gesamtverband Deutscher Beamtenvereine haben am Montag, den 4. Oktober, in den Räumen des DBB. stattgefunden. Sie führten zu einer völligen Übereinstimmung. Die Zustimmung der beiderseitigen obersten Gewerkschaftsorgane — Bundestag des DBB., Kongress des Gesamtverbandes —, die beide zum 7. Oktober einberufen worden sind, dürfte nach diesem Ergebnis nicht mehr zweifelhaft sein. Damit werden sich 1 100 000 Berufsbeamte in dem parteipolitisch neutralen neuen Bunde vereinen.“

Wir wollen hier nicht untersuchen, wieviel von den 1 100 000 Berufsbeamten wirklich den beiden Verbänden angeschlossen sind. Wir warten ab, wieviel nach der Zustimmung durch den Bundestag noch übrig bleiben werden.

## Tagung des ADB.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hält am 18. und 19. Oktober in Berlin im Gebäude des Reichswirtschaftsrats seine jährliche Bundesausschusstagung ab. In Verbindung damit findet am Abend des 18. Oktober eine öffentliche Kundgebung im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats statt, in der der preussische Ministerpräsident Braun über „Das Berufsbeamtenum im Volksstaat“ sprechen wird. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Bundesausschusstagung werden die Vorstände sämtlicher Provinz- und Landesauschüsse des ADB. an den Verhandlungen teilnehmen.

## Die geistigen Quellen der Kommunisten.

Die Scharfmacherpresse.

Henry Ford ist bei den deutschen Scharfmachern und bei den Bolschewisten sehr beliebt. Er ist zwar politisch ein Ignorant und ein Reaktionsär wie jene, aber er hat als Unternehmer neue Wege gewiesen, und zwar nicht nur in der Theorie. Er hat bei sorgfältiger Herabhebung der Arbeitszeit die Produktivität gesteigert und die Löhne der gesteigerten Produktivität angepaßt. Bei Ford verdient kein Arbeiter weniger als 30 Dollar wöchentlich.

Das geht nicht nur den Reaktionsären an die Nerven, sondern auch den Kommunisten. Denn die Kommunisten haben die Aufgabe,

einen angeblichen „Arbeiterstaat“ zu verteidigen, wo die Arbeiter nach neunjähriger „Diktatur“ noch nicht einmal die elenden Löhne erhalten, die sie unter dem Zarenregime bekamen.

Rum hat Ford die Fünfstagewoche eingeführt, d. h. es wird nur noch vierzig Stunden gearbeitet, ohne daß die Löhne vermindert werden. Diese Tatsache haben wir registriert und den deutschen Unternehmern unter die Nase gerieben. Darob arge Bestimmung bei den Scharfmachern und den Bolschewisten. Und da es diesen an eigenen Gedanken mangelt, schreiben sie aus der „Schwerindustriellen“, „Bergwerkszeitung“ ab, was diese zusammenschwindelt, und fügen dem abgestandenen Schwindel von dem bevorstehenden Zusammenbruch Fords die einfältige Lüge hinzu, wir hätten Ford den „Bater des sozialen Fortschritts“ genannt.

Von überwältigender Komit ist es aber, wenn die „Rote Fahne“ dem Schwindel der „Bergwerkszeitung“ den leninistischen Kommentator Stalinscher Prägung beiliegt:

„Die Intensität der Arbeit wird durch die Steigerung des Tempos des laufenden Bandes erhöht und nicht die Zahl der Produkte, da Abfahrtsmärkte fehlen. Und das ist ein wichtiges Merkmal des verhärteten Konkurrenzkampfes in der gegenwärtigen Periode des Kapitalismus.“

Also, die Arbeiter müssen mehr arbeiten, sie erzeugen aber nicht mehr! Dieser profunde Blödsinn wird aber noch übertroffen durch folgende Sätze:

„Unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise ist der Arbeiter Sklave, nicht Herr der Maschine, und der technische Fortschritt, die Verbesserung der Arbeitsorganisation und -methode verschärft die Sklaverei der Arbeiter. Erst wenn die Arbeiterklasse die Wirtschaft nach sozialistischen Gesichtspunkten umgestaltet, ändert sich das. Der Arbeiter ist nicht mehr Sklave, sondern Herr der Maschine, der technische Fortschritt führt nicht zur Verhärtung der Ausbeutung, sondern zur Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums und damit zur Hebung des Wohlstandes der Arbeiterklasse und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Es ist darum auch ein Unterschied, ob Ford — ob die privatkapitalistische Wirtschaft — oder die sozialistische Wirtschaft Sowjetrußlands fortschrittliche Arbeitsmethoden einführt.“

Also Ford rationalisiert. Gleichzeitig aber setzt er die Löhne hinauf und die Arbeitszeit herab. „Verhärtete Sklaverei“, sagt die „Rote Fahne“. Auch Rußland rationalisiert, etwa so, wie die deutschen Unternehmer. Die Arbeiter werden entlassen, die Löhne der Angelernten werden gedrückt, die Arbeitszeit wird verlängert. Also wird der Arbeiter „Herr der Maschine“, er lebt im Paradies.

Klar! Ein Mann, der bei einer kürzeren Arbeitszeit zehnmal höhere Löhne zahlt, als die russischen Arbeiter bekommen, der muß ein Schutz sein: in den Augen der „Bergwerkszeitung“ und ihrem Pflegekind, der „Roten Fahne“.

## Eine Verächtigung und eine Bestätigung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In der Ausgabe vom 30. September 1926 — Nr. 460, Ausgabe A, Nr. 235 — schreiben Sie unter „Schund- und Affordarbeit bei Ph. Holzmann“ im zweiten Absatz:

Der Zahlstellenverfügende Kepschläger betonte noch, daß der Direktor Knüttel von der Firma Boswau u. Knauer bei der letzten Verhandlung im Zentralschiedsgericht erklärt habe, daß sich bei der Affordarbeit der Arbeiter im erhöhten Maße anstrengen muß, die Arbeit aber an sich minderwertig sei.“

Hierzu bemerke ich, daß ich eine Äußerung in diesem Sinne nicht getan habe, sondern folgendes ausführte:

„Die Firmen müssen zu der Affordarbeit wegen der teilweise schlechten Leistung der Lohnarbeit greifen, trotzdem die Affordarbeit schlechter als die Lohnarbeit ausfällt.“

Da die Wiedergabe in Ihrem Blatt einen vollkommen anderen Sinn darstellt, bitte ich auf Grund des § 11 des Pressegesetzes um Aufnahme dieser Verächtigung.

Hochachtungsvoll

R. Knüttel.

Vielleicht ist dem Direktor Knüttel der Sinn seiner Verächtigung klar. Er würde damit sicherlich eine Ausnahme bilden. Für jeden mit fünf gelunden Sinnen begabten Menschen bestätigt die angebliche Verächtigung, daß nach Ansicht des Direktors von Boswau u. Knauer die Affordarbeit minderwertig ist, daß die Arbeiter dabei aber mehr schufteten müssen.

## Mellon und die Fünfstagewoche.

Washington, 5. Oktober. (WIZ.) Schatzsekretär Mellon erklärte Pressevertretern, der Vorschlag der American Federation of Labour, die Fünfstagewoche einzuführen, sei nur allmählich durchführbar. Eine sofortige Einführung könnte produktionsvermindernd wirken.

## Streik in der Kinderwagenfabrik in Malmö.

In Malmö (Schweden) befindet sich die Arbeiterschaft der Firma „Aktiebolaget A. B. Nilsons Fabrik“ in einem Abwehrstreik. Der Unternehmer will die Löhne um 10 bis 33% kürzen. Da die schwedischen Arbeiter es ablehnen, für die dann verbleibenden Hungerlöhne zu arbeiten, sucht die Firma in Deutschland Streikbrecher. Der Schwedische Holzarbeiterverband bittet die deutschen Arbeiter, Arbeitsangebote der Kinderwagenfabrik Nilsons abzulehnen. Weidelt Schweden!

Die Sperre über das Lehrervereinshaus aufgehoben. Zwischen dem Lehrervereinshaus, Inh. W. Seeger, Alexanderstraße 41, und dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten haben Verhandlungen stattgefunden. Die Differenzen sind beigelegt. Herr Seeger verpflichtet sich, den Berliner Tarifvertrag für das Gastwirts-gewerbe in Zukunft streng zu beachten, den städtischen Arbeitsnachweis zu benutzen und die gesetzliche Betriebsvertretung nunmehr wählen zu lassen. Die Sperre wird hiermit aufgehoben.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund veranlagte laut Jahresbericht im Jahre 1924: 1,25 Millionen Gulden und im Jahre 1925: 900 000 Gulden an Streikunterstützungen. Die Mitgliederzahl des Bundes stieg von 179 929 Anfang 1924 auf 1 924 442 Anfang 1925; darunter befinden sich 11 000 weibliche Mitglieder.

# Wirtschaft

## Die Reichsbank am Herbstquartalschluß. Die Steigerung der Wechsel- und Goldbestände.

Der Quartalschluß Ende September war für Börse und Geldmarkt nach dem schweren Augustultimo überraschend leicht. Die Zinsfälle zogen kaum nennenswert an; der Privatdiskontsatz wurde vor Monatschluß zwar etwas heraufgehoben, ging aber im Oktober bald wieder zurück. Der Wochenanweis der Reichsbank bestätigt unsere Bemerkung zu dem Ausweis vom 23. September, daß Banken und sonstige Reichsbankkunden für den Septemberultimo weitgehend vorgeforgt hatten.

Die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank nahm in der letzten Septemberwoche um 279,4 Mill. auf 1617,0 Millionen zu. Die Hauptzunahme entfiel aber diesmal nicht, wie in der letzten Augustwoche, auf mehr eingereichte Wechsel. Während die Zunahme im August 185,7 Mill. betrug, lag sie diesmal mit 144,7 Mill. nicht unbedeutend tiefer. Dafür stieg die Zunahme der Lombarddarlehen auf Effekten von 87,7 auf 134,7 Millionen. Die Bestände an Wechseln und Schecks beliefen sich Ende September auf 1383,5 gegen 1251,5 Mill., die an Lombarddarlehen auf 142,1 gegen 100,1 Millionen im Vormonat. Die Einlagen der Reichsbankkunden auf Girokonten zeigen die zum Ultimo gewohnte Verringerung. Es wurden 260,6 Mill. zurückgefordert, wodurch die Giroeinlagen auf 594,6 Millionen zurückgingen. Die weiter um 96,5 Mill. gewachsenen Gold- und Devisenbestände haben mit 2120 Mill. den bisher höchsten Stand erreicht. Der Umlauf an Reichskanonen stieg um 451,8 auf 3251,1 Mill.; der an Reichsbankscheinen um 166,4 auf 1369,2 Millionen.

	1926 Ende: 1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
	(in Millionen Mark)			
<b>Noten und Schulden:</b>				
Reichsb.-Notenumlauf	8 160	2 971	3 225	3 251
Giroeinlag. d. Wirtschaft	626	527	542	595
<b>Kredite an die Wirtschaft:</b>				
Lombardkredite	77	143	100	142
Wechselkredite	1 216	1 288	1 252	1 384
(Weiterbegeb. Wechsel) (413,5)	(0)	(0)	(0)	(0)
<b>Notendeckung:</b>				
durch Gold	1 401	1 492	1 493	1 598
durch Devisen	481	925	498	522
Zusammen	1 972	1 817	1 991	2 120

Deckungsverhältnis: Gold und Devisen auf 64,4%, 61,2%, 61,7%, 65,2%

Vergleicht man den Septemberabschluß mit den wichtigsten vorhergehenden Monats- und Quartalsabschlüssen dieses Jahres, so fallen drei Posten besonders auf. Einmal die sehr beträchtliche Steigerung des Wechselbestandes auf 1383,5 Mill. Gegenüber früheren Monatsabschlüssen ist sie nicht einmal allzu groß: April schloß mit 1251,5, Juli mit 1198,8, Juni mit 1288,2, Mai mit 1244,3 und April mit 1213,7 Mill. Dagegen beträgt sie gegenüber dem 23. August, der letzten Woche vor der Abschaffung des festen Dollarkurses, fast 320 Millionen Mark, was einer Steigerung um rund 30 Proz. in knapp 6 Wochen entspricht. Sie ist natürlich in erster Linie der freien Dollarnotierung zu danken, in zweiter Linie der allmählichen Anpassung der Privatgelddräge an den Reichsbankdiskont, am wenigsten aber wohl der Vermehrung des Wechselangebots aus der Wirtschaft. Sodann fallen der hohe Stand des Notenumlaufs und noch mehr die erhebliche Steigerung der Goldbestände auf, die ebenfalls im wesentlichen erst seit der beweglichen Dollarnotierung eingetreten ist.

Wie weit die Vermehrung der Goldbestände um rund 1,06 Mill. in vier Wochen für die Währung von Bedeutung ist, ist schwer zu sagen. Jedenfalls hat Reichsbankpräsident Schacht kürzlich den verstärkten Goldankauf und die Notenummehrung im Zusammenhang genannt, wobei er allerdings das Tempo der Hereinnahme von Auslandsanleihen und das vergleichsweise Zurückbleiben der „Gesamtproduktivität“ der Wirtschaft für die Notenummehrung und die verstärkten Goldkäufe verantwortlich machte.

## Aus der Partei.

### „Büchermärkte“ und „Arbeiterbildung“.

Das soeben in verstärktem Umfang herausgegebene Oktoberheft der „Arbeiterbildung“, die als Beilage zur „Büchermärkte“ erscheint, ist zum größten Teil der Tagung des Sozialistischen Kulturbundes in Blankenburg gewidmet. Heinrich Schulz skizziert die Aufgaben des Kulturbundes, A. Knoll schreibt über die Kulturarbeit der Gewerkschaften, R. Löwenstein schildert die Bildungsarbeit der sozialistischen Lehrer und der Kinderfreunde, Dr. Guttmann gibt eine Darstellung der Entwicklung des Arbeiter-Sängerbundes und J. Wildung ein Bild der umfassenden Tätigkeit der Arbeiterportovorbände. Außer diesen Artikeln, die einen guten Einblick in die verschiedenen Zweige der Arbeiterkulturbewegung geben, enthält die Nummer einen sehr instruktiven Artikel von Ch. Döring über die wissenschaftlichen Wanderturze des Reichsausschusses, einen Artikel von Dr. B. Engelhardt über die Ferien- und Studienreisen des Reichsausschusses und eine „Einführung in die Religionsgeschichte“ von Otto Jensen.

Das Oktoberheft der „Büchermärkte“ enthält eine Abhandlung von Gg. Engelbert Graf über „Verkehrs- und Wirtschaftsgeographie“ sowie zahlreiche Buchbesprechungen aus folgenden Gebieten: Auswärtige Politik, Bevölkerungspolitik, erzählende Literatur, Hand- und Nachschlagewerke, Jugendchriften, Kunst und Dichtung, Literaturgeschichte, Politik, Soziologie und Volkswirtschaft.

Die „Büchermärkte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder „Vorwärts“-Expeditoren zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Armin Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Religionen: Dr. John Schilowski; Volkswirtschaft: Fritz Ruchardt; Auswärtige: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**Korbmöbel! Sonderangebot!**

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

**Wilhelm Schulze**

Moabitplatz 12, Hof pari. Nähe Hackescher Markt. Zahlungsvereinfachung. Telefon: Alexander 4112

**Achtung! Billiger Fleisch- und Wurstverkauf**

billig und gut

**40, Thäerstraße 40**

**URANIA**

Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre

Gratis-Prospekte durch d. Annahmest. und die Botenfrauen des „Vorwärts“

Jed. Freitag frische junge **Gänse** / 1,10 / 1,25 allererste Qualität. Wegner, Berlin 50 Mariannenstraße 34.

**Blumenspenden** jeder Art liefert preiswert Paul Gollatz, vorm. Hans Ewe, Mariannenstraße 3, Ecke Raungrstraße. Fern Westfal. 10995

**Fontanbedarf** J. J. Jürgens Alexanderplatz

**Oefen** Eiserne Oefen - Kacheloefen

**Herde** für Kohle und Gas

**R. Zechlin** Berlin C. 25 Alexanderplatz 49

Der gute **Kapitän-Kaufabak** ist in den meisten Drogengeschäften erhältlich

**C. Röcker, Berlin** Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

**Bleyle's**

Strickkleidung für Herbst und Winter. Westen für Herren, Damen, Kinder. Knaben-Anzüge, Schul- u. Anknöpfhosen. Sweater für Knaben und Mädchen. Faltenröcke, Reformhosen u. Schlüpfen. Original-Listen-Preise. — Katalog gratis.

**August Berg, Uhlendstraße 167** Spezialgeschäft für Wollwaren.

**Tapeten 25, 30, 35 Pfg.** Riesenauswahl.

herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.

**R. Lode, Artilleriestraße 36a** Ecke Elsässer Straße

**Vorzeiger erhält 5 Prozent Rabatt.**